

Die Wut auf die Grünen

Wenn man sieht mit welcher Heftigkeit Manche alles verdammten, was grün ist oder nach grüner Politik aussieht, dann kommt man ins Grübeln. Warum diese übermäßige Erregung wegen einer anderen politischen Richtung?

Könnte es sein, dass dahinter die Ahnung steckt, dass die alten Volksparteien keine große Zukunft mehr haben? Und wenn ja, warum? Zwei Entwicklungen könnten die Ursachen sein:

1. Die zunehmende Verfolgung eigener Interessen - sowohl in der Bevölkerung, als auch bei Abgeordneten (z.B. Gewinne durch Maskenbeschaffung, Nebeneinkünfte der CD/SU-Parlamentarier 59% von 53 Millionen Euro) - ließ die Gemeinsamkeiten ins Hintertreffen geraten. Die Zersplitterung der Gesellschaft und der zunehmende Egoismus vieler senkten die Anziehungskraft der Volksparteien.

2. Die großen Volksparteien, die seit über 40 Jahren versuchten sich vor der Erkenntnis der Begrenztheit dieser Erde zu drücken, und davor, aus dieser Erkenntnis die nötigen Konsequenzen zuziehen, haben den beklagenswerten Zustand dieser Welt gefördert, wie etwa die Verurteilung durch den EUGH wegen Untätigkeit bei der Luftverschmutzung, oder bei der Nitratbelastung des Wassers belegt.

Sie haben - einfach ausgedrückt - die Hausaufgaben nicht erledigt, weil sie hofften, es ginge auch ohne. Schon Schüler wissen, dass das früher oder später dazu führt, dass man im Unterricht nicht mehr mitkommt, sitzen bleibt, oder nur einen geringeren Abschluss bekommt.

Ist es verwunderlich, wenn die Bürger das Vertrauen, und Wählen heißt auch den Gewählten zu trauen, dass diese die anstehenden Aufgaben lösen werden, verloren haben? Es wäre der Erhalt einer gesunden Umwelt ein ureigenstes Thema der Konservativen gewesen, aber sie waren viel zu sehr damit beschäftigt mit ihrem „Weiter so!“, um den Wandel in der Welt zu bemerken und darauf zu reagieren. So verpassten sie den Anschluss.

Die Sozialdemokraten waren viel zu sehr mit der Wahrung der Arbeitnehmer-Interessen beschäftigt, um zu erkennen, dass dazu auch eine gesunde und stabile Umwelt gehört. Nun haben beide das Vertrauen der Menschen verloren.

Dass die große Koalition die bereits 2008 erkannten Problem im Falle einer Seuche nicht beseitigte, sondern in der gesamten Covid 19 Pandemie immer nur reagierte und hinterher lief (und sich zum Teil dabei noch selbst bediente), ist ebenfalls kein Ruhmesblatt.

Der Vertrauensverlust, der auf vielen Ebenen gefördert wird, führt zum Niedergang der Volksparteien, aber auch zum Verlust des gewohnten Lebens und der gewohnten Spielregeln. Man kann eben aus einem Krug nicht mehr ausschöpfen, als drin ist. Aber der Glaube an ein

ewiges „Weiter so!“ an ständiges „Schneller, Größer, Weiter“ passt nicht mit der begrenzten Erde zusammen. Das war zu Cäsars Zeiten noch wünschbar. Aber nicht heute!

Überall stoßen wir an Grenzen, die Mobilität steckt im Stau, der Ausflug ins Grüne muss immer weiter vom Wohnort weg führen und endet dennoch manchmal in Völkerwanderungen, oder die Radtour auf dem Treidelpfad wird zum Hindernisrennen, weil da auch noch Fußgänger herum laufen, die nicht so schnell sind, wie die Radler. Viele Waren werden um den Globus transportiert, obwohl man sie auch in der Region erzeugen könnte. Das wäre zwar teurer für den Käufer, aber besser für die Umwelt und damit für Alle. Ein Wirtschaftssystem, das auf größtmöglicher Ausbeutung beruht, kann die Welt nicht auf Dauer ertragen, sondern es ruiniert sie. Wenn Gewinne wichtiger sind, als Menschen, dann kommen auf Dauer die Menschen zu kurz, was Armut, Krankheit, Flucht und Krieg bedeutet.

Jedes Jahr im Sommer hat der Verbrauch von Rohstoffen bereits die Menge der nachwachsenden Materialien überholt. Wie lange geht das noch gut?

Hat mal jemand ausgerechnet, wie vielen Flüchtlingen man helfen könnte, wenn man das Geld nicht für Frontex, also deren Abwehr, die manchmal zum Tod führt, und für das Zurückschicken ausgäbe, sondern mit Entwicklungshilfe die Gründe für die Flucht bekämpfte?

Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die zunehmende Konzentration der Medien zwecks Steigerung der Gewinne durch möglichst viel Werbung, statt die demokratischen Auseinandersetzungen durch gute Qualität zu befruchten und dadurch allen Bürgern zu dienen, immer mehr verringerte. Politik findet immer öfter auf dem Niveau von Populismus statt, nicht auf dem einer ernsthaften Auseinandersetzung, wie sie für eine erfolgreiche Demokratie braucht.

Auch das Internet und seine Dienste (die sich fälschlicher Weise „sozial“ nennen) hat dazu beigetragen, dadurch das es dem Nutzer nach dem Munde redet, um ihm nur das zu geben, was ihm gefällt. Dass das verantwortungslos ist, merken langsam Einige, aber alle Parteien und Firmen nutzen diese Kanäle, weil sie Angst haben, sonst etwas zu verpassen. Dass Angst ein schlechter Ratgeber ist, haben sie noch nicht begriffen. Auch hier versagen alle Parteien und Institutionen. Wer mit unseriösen Leuten zusammenarbeitet, setzt sich dem Ruf aus selbst nicht verlässlich, nicht seriös zu sein.

Wenn man aber spürt, dass man nicht so weiter machen kann, wie bisher, das aber nicht wahr haben will, dann greift man die an, die sich diesen unangenehmen Tatsachen mehr zu stellen versuchen. Aktuelles Beispiel: Die Grünen sagen, dass man den Autoverkehr verteuern muss, sei es über die CO2-Abgabe, sei es über eine Erhöhung des Benzinpreises (was zum Teil bereits über die CO2-Abgabe geschieht), wenn man das Ziel ernst nimmt, den Klimawandel zu begrenzen. Prompt äußern sich Politiker der großen Koalition und meinen, dass könne man nicht machen, weil das Frust erzeugt, oder weil man die Preise nicht immer weiter erhöhen könne. Das waren die typischen undurchdachten Reflexe im Wahlkampf, anstatt irgend etwas dazu beizutragen, wie man denn sonst die Probleme lösen könnte.

Warum sollte die Wirtschaft etwas ändern, wenn das Ausbeuten der Natur und Umwelt nicht teurer wird? Das Erhöhen der Preise ist doch genau das, was angeblich im Markt funktioniert: Angebot und Nachfrage. Da es ein Bremsen des Klimawandels nicht umsonst gibt, muss man eben den notwendigen Preis dafür bezahlen. Wenn die Grünen meinen, dass die Zeit drängt und man daher den Preis schneller erhöhen müsse, dann könnte man darüber diskutieren, wenn man

die nötigen Fakten auf den Tisch legte. Aber sich vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu drücken ist bequemer. Ob das die Wähler honorieren? Es scheint dass immer mehr Menschen begreifen in welche kritische Situation die Politik die Welt gebracht hat und Abhilfe fordern.

Wer im Wahlkampf nicht mit Argumenten für seine Ansichten eintreten kann, der sollte einen anderen Beruf ergreifen. Dampfplauderer und Wirrköpfe haben wir genug. Politik muss auf Dauer angelegt sein, auch im Wahlkampf. Der ist keine Ausrede für das Ausschalten des Gehirns und das Arbeiten mit Gefühlen. Der Klimawandel wartet nicht. Da hilft es auch nicht, wenn man - weil einem die Felle davon schwimmen - auf diejenigen sauer ist, die einen darauf aufmerksam machen und wenigstens versuchen die anstehenden Probleme zu lösen, statt sich zu drücken.

Noch ein Beispiel: Sehr schön ist das in Stuttgart zu sehen, wo man endlich erkannt hat, dass der neue Bahnhof (für 8,2 Mrd. Euro) schlechter als der Alte ist und man nur mit Hilfe einer „Ergänzungsstation“ (für 3-5 Milliarden) den geplanten Verkehr bewältigen können. Prompt sagen Region und Stadt, dass sie das nicht wollen, weil an dieser Stelle Häuser gebaut werden sollen. Dass Neubauten in der Regel nicht denen helfen, die arm sind, wird verschwiegen. Wie der Verkehr ohne ergänzenden Bahnhof stattfinden soll, wird nicht verraten. Auch Amtsverweser Nopper ist dagegen, ohne jedoch stichhaltige Argumente oder Alternativen anführen zu können.

Die Wut auf die Grünen scheint auch Ausdruck eines Selbsthasses zu sein, der merkt, dass er versagt hat, aber sich das nicht eingestehen mag und deshalb trotzig so tut, als sei alles nur die böse Propaganda der Konkurrenz. Es ist schwer sich selbst gegenüber ehrlich zu sein und Fehler einzugestehen, vor allem wenn man in der Vergangenheit damit ganz gut leben konnte, dass man so tat, als ob man alles im Griff hätte. Diese Täuschung der Bürger und damit der Wähler durch die etablierten Parteien gelingt immer weniger. Auch das kann einen Teil der Wut erklären.

Dabei wissen nüchterne Beobachter, dass selbst eine Grüne Kanzlerin das Ruder nicht herum reißen könnte, sondern nur behutsam eine Kurskorrektur des trägen Schiffes „Deutschland“ erreichen würde. Das ist vielleicht enttäuschend, ähnlich, wie in Baden-Württemberg, aber es ist wahrscheinlich der richtige Weg, denn abrupte Änderungen würde die Bevölkerung kaum verkraften. Fragt sich nur, ob die Politik schnell genug ist, um den Klimawandel noch zu bremsen, oder ob es schon zu spät ist.

Wenn in dieser Lage Wirtschaftsverbände sich auf die grüne Kandidatin einschließen, muss man nicht nur von einem Missbrauch der Mitgliedsbeiträge ausgehen, sondern auch davon, dass sie offenbar die drohende Klimakatastrophe nicht wahr haben wollen, geschweige denn eine Idee haben, wie man das Problem löst. Mit Rezepten von Gestern die Zukunft meistern zu wollen, auch das ist eine Form von Verblendung und gefährlicher Fahrlässigkeit!